



## NEWSLETTER

**4/2016**

**+ + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + +**



Für ein Gespräch über Erneuerbare Energien kam eine Delegation indischer Parlamentsabgeordneter am 7.11.2016 in den Bundestag.



Am 17.11.2016 besuchte ich anlässlich des bundesweiten Vorlesetags die Waldschule Groß Grönu – über Vorlesen gelingt es mit unseren Kleinsten Themen des Gemeinwohls auszutauschen.



Am 30.11.2016 fand unter dem Motto ‚Alterssicherung – sicher und gerecht gestalten‘ die Betriebs- und Personalrätekonferenz in Berlin statt. Mit dabei Marlies Kröpke aus Glinde.



Mit dem 10. Jahrgang der Friedrich-Junge-Schule Großhansdorf diskutierte ich am 14.12.2016 in Berlin über die Bedeutung politischen Engagements und der Parteien in unserer Demokratie.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,  
liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Winter-Newsletter – der vierten Quartalsausgabe in diesem Jahr – berichte ich über die vergangenen drei Monate seit Oktober 2016. Darunter über einige Gesetzesvorhaben, Veranstaltungen und anderweitige Aktivitäten sowie Positionierungen zu ausgewählten Themen.

Jenseits der vielfältigen Aufgaben parlamentarischer Beratung bedürfen wachsende Gewaltbereitschaft, Kriege, die immer auch Fluchtursachen bedeuten, und Rechtspopulismus gesonderter Aufmerksamkeit. Noch viel entschiedener muss die europäische Gemeinschaft, aber auch jeder Staat in eigener Verantwortung einen spürbaren Beitrag dazu leisten, dass Menschen in ihrer Heimat Schutz finden und Gründe der Verfolgung und von Flucht beseitigt werden. Ein erster Schritt wäre, die internationale Verpflichtung von Staaten, einen gewissen Prozentsatz des BIP als Entwicklungshilfe zu leisten, nicht in innerstaatliche Maßnahmen einbringen zu dürfen, sondern sie tatsächlich zur Bekämpfung von Fluchtursachen einzusetzen. Auch für Deutschland müsste insofern gelten, die 0,7 Prozent, die wir an Entwicklungshilfe zu leisten haben, nicht bereits durch die inländische Versorgung von Flüchtlingen nahezu erfüllt zu haben, sondern verstärkt reale Hilfe am Ort von Flucht und Vertreibung zu leisten. Dies bedeutet aber zugleich, mehr Verantwortung im Kontext globaler Handelspolitik zu übernehmen – gemäß den UN-Nachhaltigkeitszielen.

Der Newsletter schließt mit einer Terminvorschau und Collage ausgewählter Bilder.

Anregendes Lesen wünscht  
Ihre und eure



Dr. Nina Scheer

## Inhalt

• Themenauswahl – Oktober bis Dezember 2016.....	3
• Aus dem Parlament.....	7
• Eigene Veranstaltungen.....	12
• SPD-Neumitglieder zu Besuch im Bundestag .....	16
• Zu Gast bei.....	17
• Wahlkreiskonferenz.....	18
• Aktivitäten.....	19
• Eigene Termine .....	19
• Bilderschau .....	20

## Themenauswahl – Oktober bis Dezember 2016

### Klimaschutz als Chance für Wirtschaft und Gesellschaft

Das im Dezember 2015 in Paris durch die Weltgemeinschaft beschlossene Klimaschutzabkommen verlangt von der Staatengemeinschaft die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius und Anstrengungen, eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius zu erzielen. Konzeptionellen Umsetzungsschritten von Seiten der jeweiligen Mitgliedstaaten hat sich die Marrakesch-Vertragsstaatenkonferenz ‚Action and Implementation‘ im November 2016 gewidmet.

Deutschland legte in diesem Zusammenhang den jüngst durch das Bundeskabinett in Erfüllung des Koalitionsvertrages verabschiedeten Klimaschutzplan 2050 vor, der Ziele und Maßnahmen in den jeweiligen klimaschutzrelevanten Bereichen benennt: in der Energiewirtschaft, dem Gebäudebereich, der Mobilität, der Industrie und Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Landnutzung und Forstwirtschaft sowie übergreifende Ziele und Maßnahmen. Es wird damit ein Weg als Modernisierungsstrategie unserer Volkswirtschaft und zum treibhausgasneutralen Deutschland beschrieben – einer Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bis zum Jahr 2050.

Der Ende November 2016 von der Bundesnetzagentur erstellte Monitoringbericht 2016 zeigt, dass die deutschlandweiten klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2015 zu 54,9 Prozent aus Braunkohlekraftwerken kommen. Dies entsprach 163 Mio. t CO<sub>2</sub>. Steinkohlekraftwerke stießen 97 Mio. t CO<sub>2</sub> aus, während Erdgaskraftwerke 18 Mio. t emittierten. Die restlichen 23 Mio. t CO<sub>2</sub> verteilen sich auf Mineralölkraftwerke (2 Mio. t), Abfallkraftwerke (7 Mio. t) und sonstige Energieträger (14 Mio. t).

Im Kern der Klimaschutzanforderungen steht somit die Reduktion von Treibhausgasen. Der größte klimaschutzrelevante Bereich ist dabei die Energiegewinnung. Unabhängig von für sich genommen notwendiger Energieeinsparung und Energieeffizienz kann wirksamer Klimaschutz somit nur mit einem baldigen Umstieg auf Erneuerbare Energien gelingen.

Folgende Perspektiven gilt es für einen wirksamen Klimaschutz zu beachten:

- Keine Energiewende ohne Ausbau Erneuerbare Energien: Deutschland fängt nicht bei Null an. Auf Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, EEG, ist eine Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien von 6 Prozent im Jahr 2000 auf heute bereits ca. 32 Prozent gelungen. Anreizwirkungen und Investitionssicherheit erweisen sich hierbei als Erfolgsmotor der Energiewende.
- Wir brauchen ergänzende Ausbauinstrumente: Mit dem heutigen, durch die große Koalition beschlossenen gesetzlichen Ausbaulimit für Stromgewinnung aus Erneuerbaren Energien sind unsere Klimaschutzziele nicht erreichbar. Es werden der Verlust heimischer Wertschöpfung und Vorreiterfunktionen in Zukunftstechnologien sowie Arbeitsplätze riskiert, insbesondere im ländlichen Raum (dezentrale Energiegewinnungsstruktur). Es ist sowohl klimaschutz- als auch wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, den Ausbau Erneuerbarer Energien unter Ablösung konventioneller Energien zu hemmen. Die Verkehrswende, der Umstieg auf alternative Antriebstechnologien sowie die Wärmewende steigern den Bedarf an Strom aus Erneuerbaren Energien noch.
- Versorgungssicherheit mit Synergien durch Sektorenkopplung: Die Stromwende findet auch für den Wärme- und den Verkehrssektor statt. Eine Verknüpfung der Sektoren vermittelt Flexibilität zur Umstellung auf Erneuerbare Energien unter



Gewährleistung von Versorgungssicherheit. Denn: Die Energiewende verlangt nicht nur den Ausbau Erneuerbarer Energien, sondern auch einen entsprechenden Abbau konventioneller Energien.

- Umweltgerechte Marktwirtschaft durch Emissionsbepreisung: Klimaschädliche Emissionen werden bislang marktwirtschaftlich nicht hinreichend erfasst. Der Preis für Emissionszertifikate spiegelt die volkswirtschaftliche Belastung von klimaschädlichen Emissionen nur unzureichend und ohne klimaschützende Lenkungswirkung. Die vom Umweltbundesamt bezifferten umweltschädlichen Subventionen – u.a. für den Braunkohlebergbau und den Flugverkehr – kennzeichnen hiermit einhergehende Wettbewerbsverzerrungen. Im Jahr 2010 beliefen sich diese auf 52 Milliarden Euro. Dies ist mehr als das Doppelte des jährlich zur Förderung Erneuerbarer Energien über das EEG-Konto Geleisteten. Der Energiekunde zahlt somit heute doppelt: Die Umwelt- und Klimaschäden und die Förderbedarfe für Erneuerbare Energien als Ausgleich von Wettbewerbsverzerrungen, ohne die es heute keiner Förderung Erneuerbarer Energien mehr bedürfte. Im Zeichen von Umweltgerechtigkeit bedarf es somit einer realen Emissionsbepreisung. Auf diesem Weg entfielen der Förderbedarf Erneuerbarer Energien. Nicht die Energiewende ist teuer, sondern der Fortbestand zu niedrig bepreister bzw. unsanktionierter Emissionen.
- Strukturwandel im Lichte der Energiewende gestalten und nicht umgekehrt: Die Dekarbonisierung bis hin zur kohleenergiefreien Energiewirtschaft bedeutet Strukturwandel. Denn: Unsere Industrialisierung fußt auf Kohleenergiegewinnung und hieraus entwickelten Produktionsprozess- und auch Gesellschaftsstrukturen. Unsere strukturspezifische Energieabhängigkeit erfordert einen Strukturwandel nach Maßgabe zukünftiger, regenerativer Energiegewinnungs- und Nutzungsmöglichkeiten. Der Strukturwandel kann somit nur im Zuge des Umstiegs auf Erneuerbare Energien gelingen und nicht vorweggenommen. Daraus erschließt sich, dass der strukturelle Umstieg auf Erneuerbare Energien nicht erst beginnen kann, wenn für die Kohleregionen strukturelle Entscheidungen getroffen wurden.
- Der Ablösungsprozess von Kohleenergiegewinnung muss gesellschaftlich unterstützt werden, ohne hierbei konventionelle Energiegewinnung zu subventionieren oder den strukturellen wie ausbauspezifischen Umstieg auf Erneuerbare Energien zu verzögern.
- Speicher- und Netzausbau folgt Ausbau Erneuerbarer Energien: Die technologische Vielfalt regenerativer und alternativer Energiegewinnungs-, Netznutzungs-, als auch Speichermöglichkeiten trifft auch Aussagen über den künftigen Netzausbaubedarf. Im Zuge von Sektorenkopplung eröffnen sich – über die Verknüpfung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität – neue Verwendungsformen. Vor diesem Hintergrund geben die geplanten Ausbaubegrenzungen für sogenannte Netzausbauggebiete fehlgeleitete Anreize und sollten revidiert werden. Erst der Umgang mit vorhandenem Strom lässt es zu, speicherspezifische Nutzungsformen anzuwenden und daraus resultierende Netzbedarfe zu evaluieren. Das Energiewende-Pionierland Schleswig-Holstein ist auf gutem Weg, auch in der Sektorenkopplung eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die Mehrgewinnung an regenerativem Strom kann in dezentraler Wertschöpfung für die Metropolregion genutzt werden.

- Gerechte Kostenverteilung: Solange es nicht gelingt, die skizzierten Wettbewerbsverzerrungen über eine reelle Emissionsbepreisung zu beseitigen, wird die Energiewende weiterhin – ausgleichende – Förderbedarfe aufweisen. Vor diesem Hintergrund erfordert der mit Sektorenkopplung steigende Bedarf an Strom aus Erneuerbaren Energien eine verbrauchs- bzw. nutzerorientierte Finanzierung von Strom für Mobilität und Wärme. Denn es kann nicht sein, dass Strom für Elektromobilität von Stromkunden anderer Sektoren (mit-) finanziert wird. Ein Umlage-System muss vielmehr sektororientiert auch aus entsprechenden Beiträgen der Sektoren Wärme und Mobilität gespeist werden.

Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Herausforderungen von Einigungsprozessen auf Grundlage der gegebenen Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag stehen insbesondere die Punkte zur Emissionsbepreisung in Erwartung ihrer Auswirkungen auf die Braunkohleindustrie bzw. fossile Energiewirtschaft derzeit vor hohen politischen Hürden. Wir brauchen ein öffentliches Umdenken: Nicht die Energiewende, sondern ihr Unterlassen gefährdet die künftige Bezahlbarkeit von Energie. Würden Gesundheits- und Umweltschäden von Kohleverstromung mitbezahlt, wäre unser Strom hinsichtlich des heutigen Anteils konventioneller Energien mehr als ein Drittel bzw. über zehn Cent je kWh teurer, als er es heute durchschnittlich ausweislich der Stromrechnung ist – und damit deutlich teurer, als die heutige Förderung Erneuerbarer Energien. Ein möglichst hoher und möglichst schnell wachsender Anteil Erneuerbarer Energien unter Ablösung konventioneller Energien ist somit nicht nur eine klimaschützende, sondern auch ökonomische Entlastung.

## **CETA – wo stehen wir? Ein Update**

In meinem letzten Newsletter hatte ich auf den Stand zu CETA Bezug genommen und einen Ausblick formuliert (vgl. auch Newsletter 3/2016, Seite 6:

[http://www.nina-scheer.de/images/newsletter/Nina%20Scheer\\_Newsletter-3-2016.pdf](http://www.nina-scheer.de/images/newsletter/Nina%20Scheer_Newsletter-3-2016.pdf))

Anknüpfen möchte ich somit an dieser Stelle erneut an den SPD-Konventbeschluss vom 19. September 2016, der – anders als teilweise unterstellt – kein „Ja“ zu CETA ist. Der Beschluss bewertet CETA und erklärt, an welchen Stellen noch Handlungsbedarf gesehen wird, um CETA fair auszugestalten und zustimmungsfähig zu machen.

Was passierte seither? Mit dem SPD-Konventbeschluss, aber auch verfassungsgerichtlichen Bedingungen des Bundesverfassungsgerichts (Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes) konnte CETA nicht ohne weitere Änderung durch den Rat zur weiteren Ratifizierung unterzeichnet werden. Es gab zudem ein Votum des Regionalparlaments der Wallonie/Belgien, das eine Unterzeichnung von CETA zunächst verhinderte. Daraufhin wurden zahlreiche Protokollerklärungen verfasst, u.a. die Landwirtschaft in Belgien betreffend sowie eine ‚Gemeinsame Auslegungserklärung‘ der Vertragsstaaten mit Kanada, die den breit vorgetragenen Bedenken gegenüber CETA Rechnung tragen soll und nach Art. 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention völkerrechtlich bindend ist.

Zwar wird mit der ‚Gemeinsamen Auslegungserklärung‘ das Wort ‚Fairhandel‘ aufgegriffen und, dass es Zweck von CETA sei, für ‚nachhaltiges Wirtschaftswachstum‘ zu sorgen. Es bleibt aber zugleich vertraglicher Zweck von CETA, Handelshemmnisse abzubauen. Problematisch bleibt somit, dass sozial-, gesundheits- und

umweltspezifische Rahmensetzungen, deren Gestaltung nicht zuletzt mit den UN-Nachhaltigkeitszielen erforderlich werden (eine solche Orientierung verlangt auch der SPD-Konventbeschluss vom 19. September 2016) oder etwa auch mit Blick auf unser Staatsziel Umweltschutz gemäß Art. 20a GG, aus freihandelsrechtlicher Perspektive ‚Handelshemmnisse‘ sein können. Der Begriff ‚nachhaltiges Wirtschaftswachstum‘ kann zudem vor dem vertraglichen Hintergrund auch als ‚dauerhaftes Wirtschaftswachstum‘ interpretiert werden. CETA setzt ferner keine unmittelbaren Mindest-Nachhaltigkeitsstandards, selbst wenn dies teilweise behauptet wird. Wenn CETA den Staaten das grundsätzliche Recht zubilligt, sozial-ökologische Rahmenbedingungen zu setzen, ist die Frage von Schadensersatzansprüchen im Zuge des Investitionsschutzes nach wie vor unbestimmten Rechtsbegriffen ausgesetzt. Der Abbau von Handelshemmnissen bleibt vertragliches Ziel – umzusetzen im Rahmen einer durch den ständigen Ausschuss vorzunehmenden regulatorischen Kooperation. Diesbezüglich hatte das Bundesverfassungsgericht eine Verankerung parlamentarischer Mitbestimmung gefordert. Es bleibt die Entscheidung in der Hauptsache abzuwarten.

Problematisch ist auch die Formulierung der gemeinsamen Auslegungserklärung zum Vorsorgeprinzip: Auf den ersten Blick bleibt es über die gemeinsame Erklärung erhalten. Auf den zweiten Blick wird aber deutlich, dass mit der formulierungstechnischen Verknüpfung zu ‚internationalen Abkommen‘ eben gerade nicht das europäische Vorsorgeprinzip verankert wurde, sondern das wissenschaftsbasierte; erst wenn Risiken als wissenschaftlich erwiesen gelten, wäre eine staatliche Vorsorge mit handelshemmender Wirkung legitim. Nicht hinreichend ist es, wenn eine das Vorsorgeprinzip wahrende Formulierung in der begleitenden Erklärung der EU-Kommission auftaucht (diese wird teilweise mit der Maßgabe zitiert, das Vorsorgeprinzip sei nun ausreichend gewahrt). Solche Erklärungen sind – anders als die gemeinsame Auslegungserklärung – nicht bindend, sondern letztlich nur von der EU-Kommission vorgetragene Rechtsauffassungen.

Leider drohte das Europaparlament anfangs den nun in seinen Händen liegenden Gestaltungsprozess zunächst nicht hinreichend aufzugreifen. So stand zunächst eine Ratifizierung von CETA durch das Europaparlament noch in diesem Jahr in Rede. Die S&D-Fraktion intervenierte aber, sodass nun im Februar 2017 mit einer Entscheidung des Europaparlaments zu rechnen ist. Bis dahin findet eine Befassung in den Ausschüssen statt. Der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des EU-Parlaments empfahl am 8. Dezember 2016 die Ablehnung von CETA. Der Ausgang bzw. die weitere Entwicklung von CETA ist somit derzeit noch offen.

Vgl. auch meine Rede am 20. Oktober 2016 vor dem Deutschen Bundestag: <http://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/558-rede-zum-feihandelsabkommen-ceta-20-10-2016.html>

Vgl. auch meine Publikation aus 2015: [http://www.nina-scheer.de/images/PDF/Handel\\_braucht\\_Wandel-Nina\\_Scheer-2015\\_screen.pdf](http://www.nina-scheer.de/images/PDF/Handel_braucht_Wandel-Nina_Scheer-2015_screen.pdf)

## Aus dem Parlament

### **Bundesteilhabegesetz mit deutlichen Verbesserungen beschlossen**

Am 1.12.2016 hat der Deutsche Bundestag das Bundesteilhabegesetz verabschiedet, mit dem die Leistungen für Menschen mit Behinderungen neu geregelt werden. Unter Einbeziehung von Betroffenen, Angehörigen, Verbänden und der Wissenschaft wurden im Laufe des parlamentarischen Verfahrens wichtige Veränderungen am Gesetzentwurf vorgenommen. Damit wurde auf Befürchtungen reagiert, wie sie auch im Rahmen des öffentlichen Diskussionsabends in Geesthacht, zu dem ich eingeladen hatte, formuliert wurden (vgl. auch den Bericht auf S. 9 im Newsletter 3/2016:

[http://www.nina-scheer.de/images/newsletter/Nina%20Scheer\\_Newsletter-3-2016.pdf](http://www.nina-scheer.de/images/newsletter/Nina%20Scheer_Newsletter-3-2016.pdf)).

Der Beschluss macht klar: Der Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe wird nicht eingeschränkt. Die jetzigen Zugangsregelungen bleiben bis zum Jahr 2023 in Kraft und werden erst nach einer wissenschaftlichen Untersuchung und Erprobung neu gefasst. Zudem werden Leistungen der Eingliederungshilfe und der Pflege weiterhin gleichrangig nebeneinander stehen. Einen Vorrang der Pflege wird es nicht geben. Auch das Wunsch- und Wahlrecht wird gegenüber dem Gesetzentwurf weiter gestärkt. Wünsche zur Wohnform und damit verbundene Assistenzleistungen im Bereich der persönlichen Lebensgestaltung werden besser berücksichtigt. Ambulantes Wohnen außerhalb von besonderen Wohnformen hat außerdem Vorrang, wenn Betroffene dies wünschen.

Mit dem Teilhabegesetz wird die heutige Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgelöst und dem Teilhabeanspruch in Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ausgestaltet. Erwerbstätige Leistungsbezieher können so künftig mehr von ihrem Einkommen und Vermögen behalten. Der sogenannte Schonbetrag wird sich bereits im kommenden Jahr auf 27.600 Euro verzehnfachen und im Jahr 2020 weiter auf rund 50.000 Euro ansteigen. Für Bezieher von Leistungen der Sozialhilfe wäre es gemäß des Regierungsentwurfs bei den jetzigen Grenzen geblieben. Hier sind uns somit im parlamentarischen Verfahren wichtige Verbesserungen gelungen.

### **Bundeshaushalt 2017**

Mit dem letzten in dieser Legislaturperiode beschlossenen Bundeshaushalt sollen Einnahmen und Ausgaben um 12,2 Mrd. erhöht werden, auf dann jeweils 329,1 Mrd. Euro (Drucksache 18/9200, 18/9202). Für Investitionen sind 36 Mrd. Euro vorgesehen. Über die Legislaturperiode betrachtet hervorzuheben ist dabei etwa ein zusätzliches Investitionsprogramm in Höhe von 10 Mrd. sowie ein kommunaler Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen, der über einen Nachtragshaushalt nochmal auf dann 7 Mrd. Euro verdoppelt wird. Dies ist ein Erfolg der SPD! Ebenfalls ein Erfolg der SPD ist das Solidarprojekt, zu dem ein Sicherheitspaket mit 4300 zusätzlichen neuen Stellen bis 2020 und 880 Mio. Euro für Personal- und Sachmittel im Sicherheitsbereich, aber auch Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen und humanitäre Hilfe zählen. Das Solidarprojekt umfasst auch zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau, soziale Integration, Familien und Langzeitarbeitslose in Höhe von 5 Mrd. Euro.

Weitere Förderungen sind etwa: Kultur (250 Mio.), Entwicklung ländlicher Räume (30 Mio.), Verlängerung des Programms ‚Altersgerechtes Umbauen‘ (75 Mio.), Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (42 Mio. mehr für sechs neue Institute), die Institute der Frauenhofer-Gesellschaft mit (jährlich 60 Mio. mehr), Klimaschutz und Biologische Vielfalt (70 Mio. mehr), für Jugendverbände und Nachwuchswerbung des THW (3 Mio. mehr), Bundeszentrale für Politische Bildung (3 Mio. mehr).

Investitionen sind auch bei der Bundeswehr und im militärischen Bereich notwendig. Sie sollten aber in einem gesunden Verhältnis zu Ausgaben insbesondere im sozialen Bereich und die Infrastruktur, die Bildung und Daseinsvorsorge betreffend stehen. Insofern sehe ich es kritisch, wenn mit dem neuen Bundeshaushalt Benachteiligungen von Alleinerziehenden nach wie vor bestehen bleiben, wie dies etwa aufgrund der Verweigerungshaltung unseres Koalitionspartners etwa im Bereich des Unterhaltsmehrbedarfs geschehen ist und zugleich Ausgaben für das Militär um mehrere Milliarden wachsen. Im Bereich des Unterhaltsmehrbedarfs wären überschaubare Finanzmittel in Höhe von 60 Millionen Euro (bei einem von der SPD unterbreiteten Modell) aufzuwenden. Diese wären in Form eines Umgangsmehrbedarfs an Alleinerziehende auszus zahlen, um Kürzungen an Sozialleistungen zu vermeiden. Solche sind derzeit über die Jobcenter für Betreuungszeiten des anderen Elternteils aufgrund einer Rechtsprechung des Bundessozialgerichts vorzunehmen.

Vgl. auch meine diesbezügliche Pressemitteilung am 30. November 2016:  
<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/567-scheer-koalitionspartner-verweigert-verantwortung-gegenueber-alleinerziehenden.html>

## **Bundesverkehrswegeplan**

Nach einem eingehenden Beratungsprozess wurde der Bundesverkehrswegeplan 2030 beschlossen. Für Schleswig-Holstein sind eine Reihe wichtiger Infrastrukturprojekte enthalten, so auch die Umgehungsstraßen für Geesthacht, Schwarzenbek, Lauenburg und Ratzeburg. Wider aller Erwartungen ist auch der Elbe-Lübeck-Kanal (ELK) mit einem Ausbauvolumen von 838 Mio. Euro haushaltsrelevanten Investitionskosten enthalten. Anders als in den vergangenen Jahren diskutiert, fallen die damit geplanten Erhaltungsmaßnahmen deutlich umfangreicher aus. War der Fokus zuvor insbesondere auf den Schleusen und auf der Fahrrinntiefe, ist nun auch der Verlauf mit Blick auf eine S-Kurve nördlich von Büchen Bestandteil der Planung (vgl. <http://www.bvwp-projekte.de/wasserstrasse/w33/w33.html>).

Ich unterstütze grundsätzlich den Ausbau unserer Wasser- und Schieneninfrastruktur, insbesondere, wenn hierdurch Verkehr von der Straße weg verlagert werden kann und unsere Region infrastrukturell aufgewertet wird. Der Erhalt und Ausbau des ELK ist somit ein Kernstück des Bundesverkehrswegeplans zugunsten unserer Metropolregion. Die Umsetzung wird nun aufgrund eines ebenfalls jüngst verabschiedeten Ausbaugesetzes erfolgen. Hier wird eine Vielzahl neuer Stellen geschaffen, wovon auch das Wasser- und Schifffahrtsamt in Lauenburg profitieren wird.

Gleichwohl muss bei den nun anstehenden Planungen auch der hiermit verbundene Eingriff in Natur- und Lebensraum berücksichtigt werden und sorgfältig abgewogen werden, auch vor dem Hintergrund von Wertschöpfung aus Tourismus und Naherholung. Hierzu wird ein intensiver Austausch erforderlich, unter Hinzuziehung von Sachverständigen aus den maßgeblichen Perspektiven und Disziplinen: von den Wohnstrukturen, über den Erhalt von Naturräumen, bis hin zu wirtschaftlichen Erwägungen. Dabei sollte auch die von heute aus gesehen negativ ausfallende Nutzen-



Kosten-Analyse in Verhältnis zu denkbaren Entwicklungspotenzialen in und für die Region gesetzt werden. Den hiermit zusammenhängenden Fragen werde ich mich gern vertieft widmen.

## **Arbeitsmarkt sozial gestalten**

Mit dem Gesetz zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, das zum 1. April 2017 in Kraft treten wird, haben wir einen weiteren wichtigen Schritt gegen Lohndumping unternommen und somit Verbesserungen für Menschen in heute prekären Beschäftigungsverhältnissen geschaffen. Die wichtigste Neuerung liegt bei der Einführung von Equal Pay nach neun Monaten. Durch eine Tariföffnung erreicht das Gesetz auch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ab der sechsten Einsatzwoche. Ein weiterer wichtiger Baustein des Gesetzes ist die Einführung einer Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten. Nach dieser Zeit müssen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter vom Entleihbetrieb übernommen werden. Eine längere Entleihdauer ist nur möglich, wenn sich die Tarifpartner in der Einsatzbranche per Tarifvertrag auf eine längere Überlassung einigen. Außerdem können Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter künftig nicht mehr als Streikbrecher eingesetzt werden.

Leider waren weitere aus Sicht der SPD wünschenswerte Verbesserungen der Unionsfraktion nicht umsetzbar. So sind vor allem mehr Tarifbindung und Mitbestimmung erstrebenswert und fortbestehendes Ziel.

## **Neuregelung zu Atomenergie-Folgelasten**

Das in der letzten Sitzungswoche des Jahres verabschiedete Gesetz zur ‚Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung‘ (Drucksache 18/10469) ist ein historischer Schritt in Fragen der langfristigen Finanzierung von Atomenergie-Folgelasten. Schon vor knapp zwei Jahrzehnten war aus den Reihen der SPD-Bundestagsfraktion, damals durch die Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer und Michael Müller, angeregt worden, die steuerfreien Rückstellungen über einen Fonds zu sichern. Bis heute war ein solches Vorhaben aber nicht gelungen – bis jetzt.

Ich begrüße diesen Schritt, da nach der bisherigen Rechtslage die Allgemeinheit de facto das ganze Risiko der Atomenergie-Abwicklung zu tragen hatte. Zwar liegt im Sinne des Verursacherprinzips die Verantwortung zur Abwicklung der Atomenergienutzung richtigerweise grundsätzlich bei den Betreibern von Atomkraftwerken und den betreffenden Energiekonzernen. So sah es das Atomgesetz bislang ausdrücklich vor. Letztlich wird aber die Allgemeinheit zur Verantwortung gezogen, wenn die Betreiber etwa durch Konzernaufspaltungen oder Insolvenzen nicht mehr zur Haftung herangezogen werden können. Da mit dem in den kommenden Jahren zu vollziehenden vollständigen Atomausstieg auch die betreffenden Einnahmequellen der Konzerne verschwinden, ist absehbar, dass die Allgemeinheit früher oder später die Lasten der Atomenergie-Abwicklung vollständig übernehmen müsste. Zugleich muss uns bewusst sein, dass über Jahrzehnte unterbliebene Vorsorge nachträglich kaum mehr erfüllbar ist.

Während mit dem nun verabschiedeten Gesetz die ökonomische Verantwortung von Stilllegung, Rückbau und Verpackung beim Betreiber verbleibt, geht die Verantwortung für Zwischenlagerung und Endlagerung auf den Staat über, insofern die hierfür nun gesetzlich formulierten Voraussetzungen erfüllt werden. Die langfristig währende

Verantwortung für die Zwischenlagerung und Endlagerung wird dabei über einen öffentlich-rechtlichen Fonds getragen, der von Seiten der Betreiber mit einem Vermögen von insgesamt 23,556 Mrd. Euro auszustatten sein wird (Grundbetrag und Risikoaufschlag).

Mit den Regelungen zur Nachhaftung verhindern wir die Enthaftung der Konzerne durch Betreiber-Insolvenzen oder Konzernaufspaltungen. Die Verabschiedung eines Nachhaftungsgesetzes bereits im letzten Jahr war von Seiten unseres Koalitionspartners trotz erfolgtem Kabinettsbeschluss verhindert worden. Umso wichtiger ist es, dass eine Nachhaftungsregelung nun mit verabschiedet wurde. Kritisch betrachte ich dabei, dass sich die Nachhaftung bei Konzernaufspaltung nur auf den Bereich der Zwischen- und Endlagerung, hingegen nicht auch auf die Phase der Stilllegung, des Rückbaus und der Verpackung bezieht. Eine umfassendere Nachhaftungsregelung konnte leider nicht geeinigt werden.

Mit den atomgesetzlichen Änderungen wird die Option des sogenannten sicheren Einschlusses nahezu abgeschafft. Die Ausschließlichkeit des Rückbaus hat die SPD seit Langem gefordert.

Anfang Dezember hat das Bundesverfassungsgericht den politisch in Abwägung mit Gesundheits- und Umweltschutzbedarfen entschiedenen Atomausstieg als im Wesentlichen verfassungskonform beschieden. Allein vor diesem Hintergrund erwarte ich von den Atomkonzernen die Rücknahme aller im Zusammenhang mit Atomenergienutzung stehenden Klagen, auch solcher, die von den jüngsten Ankündigungen der Konzerne nicht erfasst sind, sowie einen belastbaren Klageverzicht. Es entspricht meinem parlamentarischen Selbstverständnis, dass im Fall eines Aufrechterhaltens von Klagen von Seiten der Konzerne und einer sich hierüber zulasten der Allgemeinheit verschlechternden Vermögenssituation eine Neuberechnung der Kostenlasten vorzunehmen wäre. Es entspricht auch der mit einem Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/106/1810671.pdf>, Seite 5) erklärten Erwartungshaltung gegenüber der Bundesregierung, die Rücknahme aller Klagen zu erreichen. Der Entschließungsantrag bringt zudem die Erwartungshaltung zum Ausdruck, dass die Geldanlage des einzurichtenden Fonds nachhaltig erfolgt; dass die Mittel nicht in Projekten oder Anlagen Verwendung finden, die dem übergeordneten Willen des Gesetzgebers zuwider laufen, die Nutzung der Atomenergie zu beenden. Hierfür hatte sich die SPD-Fraktion eingesetzt. Ich bedaure, dass unser Koalitionspartner diesbezüglich keiner *gesetzlichen* Regelung zustimmen wollte.

Während des parlamentarischen Verfahrens ist es gelungen, die Beteiligung des Parlaments für den weiteren Prozess, etwa in der Zusammensetzung des Kuratoriums zur Begleitung des Fonds und dessen Einrichtung zu gewährleisten. In Bezug auf die Einsetzung von Kommissionen im Vorfeld parlamentarischer Beratungen hat sich die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) als ein hilfreiches Instrument erwiesen, einen Rechtsfrieden auch im Sinne anderer zivilgesellschaftlicher Akteure herzustellen. Zugleich dürfen außerparlamentarische Kommissionen nicht zur faktischen Eingrenzung parlamentarischer Gestaltung führen, wenn etwa bereits ein Regierungsentwurf von Bindungswirkung in Bezug auf die Einstimmigkeit eines Kommissionsbeschlusses gekennzeichnet ist. Dies wird dem parlamentarischen Beratungsprozess, den hiesigen Öffentlichen Anhörungen aber auch den einzelnen Abgeordneten nicht gerecht und gefährdet nicht zuletzt die Bedeutung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Nach meiner Überzeugung sollten Kommissionen der hier eingesetzten Form nur in absoluten Ausnahmefällen eingesetzt

werden, wenn der Fokus einzubeziehender Expertise dies über die Thematik und die Dauer sowie den Hergang einer öffentlichen Auseinandersetzung rechtfertigt.

In einer Gesamtbetrachtung begrüße ich, dass mit dem nun verabschiedeten Gesetz ein Mehr an Rechtssicherheit für die Kostentragung im Zusammenhang mit der Abwicklung der Atomenergienutzung geschaffen wird. Leider war der Gesetzentwurf ohne Beteiligung von der Fraktion DIE LINKE entstanden – so bereits auch in Zusammensetzung der Kommission (KFK). Der Ausschluss der Linken verhinderte ein Gesetz aller Bundestagsfraktionen und ist von Seiten der CDU/CSU zu verantworten. Ich halte dieses Vorgehen mit Blick auf das gemeinsam verfolgte Ziel, Rechtsfrieden zu schaffen, für politisch verfehlt und sachfremd. Die Linken stimmten insofern gegen das Gesetz und beantragten eine Namentliche Abstimmung. Als Berichterstatterin für Atompolitik verfasste ich für die SPD-Bundestagsfraktion eine persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Bundestages, die viele meiner Fraktionskolleginnen und Kollegen wortgleich zu Protokoll gaben.

Zur Pers. Erklärung nach § 31 GOBT: <http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-12-15-Erklrung%2031%20GO-kerntechnischen%20Entsorgung.pdf>

## **Verlängerung der Brennelementesteuer an Union gescheitert**

Atomenergienutzung ist mit hohen Kosten verbunden, die nicht im Strompreis abgebildet werden, sich hingegen in nicht versicherten und der Dimension nach nicht versicherbaren Risiken wiederfinden.

Während des anhaltenden Betriebs von Atomkraftwerken, der bis zum Ausstieg im Jahr 2022 noch für acht Atomkraftwerke zutrifft, bietet die Brennelementesteuer (auch: Kernbrennstoffsteuer) ein Instrument, das Interesse an einer volkswirtschaftlichen Kostenentlastung während der Laufzeiten von Atomkraftwerken abzubilden. Vor diesem Hintergrund erachte ich es als einen Fehler, dass bei der Einführung der Brennelementesteuer unter der schwarz-gelb geführten Bundesregierung eine Befristung auf fünf Jahre (bis Ende 2016) vorgenommen wurde. Aus diesem Grund, aber auch aufgrund einer nach Einschätzung der SPD-Bundestagsfraktion mit 145 € pro Gramm zu niedrig angesetzten Bemessungsgrundlage für die Besteuerung des Brennstoffs, hat meine Fraktion damals gegen die Einführung der Brennelementesteuer in der betreffenden Form gestimmt, sie aber gleichwohl sachlich für richtig und erforderlich gehalten.

Die mit Ablauf des Jahres 2016 erforderlich werdende Verlängerung der Brennelementesteuer ist auf eine entsprechende Einigung zwischen den Koalitionsfraktionen angewiesen. Bereits in den Koalitionsverhandlungen konnte hierüber mit der Unionsfraktion keine Einigung erzielt werden. Ein Sondierungsentwurf von Seiten der SPD-Bundestagsfraktion für einen Antrag zur Verlängerung der Brennelementesteuer bis zum Ende der Laufzeiten der Atomkraftwerke wurde von der Unionsfraktion nicht mitgetragen. Eine Verlängerung der Brennelementesteuer scheitert somit nach wie vor an der ablehnenden Haltung der Unionsfraktion. Damit hat die Fraktion CDU/CSU zu verantworten, dass dem Fiskus bis 2022, dem Ende der Atomenergienutzung, ca. 5 Mrd. Euro Steuereinnahmen verloren gehen. Ich erwarte von unserem Koalitionspartner weiterhin, die Verweigerung einer Verlängerung der Brennelementesteuer aufzugeben und zügig gemeinsam mit der SPD-Fraktion eine für die Restlaufzeit der Atomkraftwerke wirksame Brennelementesteuer auf den Weg zu bringen.



Vgl. auch meine pers. Erklärung gem. § 31 GOBT zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE ‚Keine Steuerbefreiung für Atomkraftwerke - Die Brennelementesteuer muss bleiben‘ (Drucksache 18/9124) am 10. November 2016: <http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-11-10-Erklrung%2031%20GO-Brennelementesteuer.pdf>

## Eigene Veranstaltungen

### Einblicke ins HZG, Helmholtz-Zentrum-Geesthacht

Einen ganzen Nachmittag hatten sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Helmholtz-Zentrum-Geesthacht, HZG, Zeit genommen, ihren Besucherinnen und Besuchern am 11.10.2016 Einblicke in die Forschung vor Ort zu geben.



Prof. Dr. Wolfgang Kaysser, wissenschaftlicher Leiter des HZG, hatte ein umfassendes Programm mit Rundgang durch die Forschungsinstitute zusammengestellt. Den Besuch hatte ich im Rahmen eines Austauschs mit der Forschungseinrichtung angeregt und gemeinsam mit dem HZG organisiert. Unter den 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren auch Bürgermeister Olaf Schulze, die SPD-Fraktionsvorsitzende der Ratsversammlung Geesthacht und örtliche SPD-Landtagskandidatin Kathrin Wagner-Bockey, Mitglieder des SPD-Ortsvereins, dessen Vorsitzender Hans-Werner Madaus und zahlreiche Forscherinnen und Forscher des HZG. Wir nutzten die Gelegenheit umfassend zum intensiven Austausch.





In einer Vorstellung der Forschungsbereiche durch Prof. Kaysser, an der u.a. auch der kaufmännische Leiter Michael Ganß teilnahm, veranschaulichte er die Innovationskraft des HZG und dessen anwendungsorientierte Grundlagenforschung: Von ressourcenschonenden leichten und multifunktionalen Werkstoffsystemen, über neuartige, vom Körper abzubauen, Biomaterialien, wie sie in der Medizin etwa zur Knochenregeneration verwendbar sind, bis hin zur Klima- und Küstenforschung kann das HZG auf herausragende und zukunftsweisende Forschungsfelder verweisen. Während des anschließenden Rundgangs wurden u.a. Forschung und Entwicklung von Separations- und Wasserstofftechnologien erläutert.

Vgl. <http://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/555-einblicke-ins-helmholtz-zentrum-geesthacht.html>

## **Fraktion vor Ort: Herausforderungen der Pflege – Diskussionsabend mit Karl Lauterbach und Nina Scheer**

Um über ‚Pflege im Lichte des demografischen Wandels‘ zu diskutieren, hatte ich meinen Fraktionskollegen Prof. Karl Lauterbach am 2. November 2016 nach Reinbek zu einer ‚Fraktion vor Ort‘-Veranstaltung eingeladen. Der Gartensaal des Reinbeker Schlosses war mit über 90 Gästen gut besucht.



Die niedrige Geburtenrate, steigende Lebenserwartung, aber auch technischer Fortschritt und nicht zuletzt die Digitalisierung sind gesellschaftliche Entwicklungen mit Auswirkungen auch auf die Pflege. Dabei spielen zudem ethische Fragen eine Rolle, etwa im Umgang mit immer genaueren Erkenntnissen über den Gesundheitszustand. Wann bzw. unter welchen Voraussetzungen möchte man Jahre vor den ersten spürbaren Symptomen von einer unheilbaren Erkrankung erfahren? Bis zum Jahr 2030 wird es 800.000 Pflegebedürftige mehr geben, als heute. Und das sei erst der Anfang, so Karl Lauterbach: 2030 würden die Eltern der Baby-Boomer pflegebedürftig, die größeren Jahrgänge kämen dann erst noch. Deshalb müsse es schon heute darum gehen, die Weichen für mehr und gut qualifiziertes Personal zu stellen.

Mucksmäuschenstill war es, als Lauterbach über die Herausforderungen der Pflege und Entwicklungen im Gesundheitsbereich referierte. Vor allem das Thema Demenz werde immer mehr an Bedeutung gewinnen. So würden in Zukunft neun von zehn Pflegebedürftigen unter Demenz leiden. Allerdings traf Karl Lauterbach auch immer

wieder „den Horizont erhellende“ Aussagen. Schließlich werde die Demenz deshalb eine größere Herausforderung, weil immer weniger Menschen an Herzinfarkten oder Schlaganfällen sterben – mehr Demenzerkrankungen als Zeichen längerer Lebenserwartung.

Eine große Aufgabe sowohl in der Forschung als auch der Weitervermittlung in die medizinische Praxis hinein liege auch darin, Nebenwirkungen von Medikamenten, die das Demenzrisiko verstärken könnten, zu vermeiden bzw. zu umgehen. Hier sei eine gesonderte Herausforderung, auf die individuelle Korrelation zu anderen möglichen Risikofaktoren zu achten.

Ausführlich ging Lauterbach auch auf die Pflegereformpakete der jüngsten Zeit ein, die Pflegestärkungsgesetze I bis III sowie die Reform der Pflegeberufe. Letztere bedürfe noch einer Einigung zwischen den Koalitionsfraktionen, die von der Unionsfraktion zuletzt verweigert wurde. Lauterbach verteidigte die hierbei verfolgte generalistische Ausbildung als Möglichkeit, mehr Menschen für die Pflegeberufe durch eine Durchlässigkeit zwischen den Berufen zu gewinnen. Dies könne zudem die in der Pflege zu niedrigen Einkommen mit nach oben ziehen. Zu der Einführung von Pflegegraden statt der bisherigen Pflegestufen konnte Lauterbach verbreitete Sorgen ausräumen. Keiner werde durch die Pflegegrade schlechter gestellt. Anders als die Stufen zielten die Grade darauf, was die Menschen noch leisten könnten. Hiermit werde die Pflege besser individualisierbar und mehr Pflege für psychisch und an Demenz Erkrankte möglich.

Den vielfältigen und interessierten Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab der örtliche SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat in seiner Moderation hinreichend Raum, sodass der Abend über knapp drei Stunden mit höchster Aufmerksamkeit tiefe Einblicke in sowohl medizinische Details als auch politische Aufgaben der Rahmensetzung gab. Dabei erläuterte Lauterbach auch bestehende Ungerechtigkeiten aufgrund von Zweiklassenmedizin. Die Blockade des Koalitionspartners gegen die Einführung einer Bürgerversicherung hatte Lauterbach schon zu Zeiten der letzten großen Koalition kritisiert. Kritisch wurde auch die Einflussnahme der Pharmaindustrie benannt.

## **5. Stadtwerkegespräch**

Im Rahmen der Stadtwerke-Gesprächsreihe hatte ich am 12. Dezember 2016 gemeinsam mit meiner Kollegin Bettina Hagedorn erneut nach Berlin eingeladen, um mit Vertreterinnen und Vertretern von Stadtwerken und Kommunen aus Schleswig-Holstein über aktuelle energiepolitische Themen zu diskutieren. Das vorangegangene Gespräch hatte in Geesthacht stattgefunden (vgl. *Newsletter 1/2016, Seite 9*, <http://www.nina-scheer.de/images/PDF/Nina%20Scheer%20-%20Newsletter-1-2016.pdf>). Bereits vor meiner Zeit als Bundestagsabgeordnete hatte Bettina Hagedorn die Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, die wir seit dieser Legislaturperiode gemeinsam ausrichten. Als mit Energiethemen auch in meiner Ausschussarbeit betraut, leitete ich den Gesprächsnachmittag mit Verweisen auf eine Vielzahl von Gesetzesvorhaben ein, die teilweise bereits kürzlich verabschiedet wurden, sich derzeit noch im parlamentarischen Verfahren oder aber in dessen Vorfeld befinden.



Einen Kernpunkt bildete ein intensiver Austausch über eine jüngste Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes, EnWG. Dr. Urban Rid, zuständiger Abteilungsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, verwies auf die nun im Zuge der Novelle gewonnene Rechtssicherheit. Dies fand sowohl bei den beiden Abgeordneten, aber auch bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Teilen Zustimmung. In Bezugnahme auf die parlamentarischen Verhandlungen verwies ich aber auch auf fortbestehende Rechtsunsicherheit und Reformbedarfe. Denn es war mit unserem Koalitionspartner nicht möglich, die öffentliche Daseinsvorsorge in § 46 EnWG stärker zu verankern, obwohl dies doch gerade im Zeichen der Energiewende eine zentrale Grundlage für regionale Wertschöpfung und die Beteiligung der Kommunen ist. Insofern kritisierten Bettina Hagedorn und ich, dass das Kriterium der Kosteneffizienz Versorgungssicherheit gesetzlich nun gesondert genannt ist, da dies das Kriterium der öffentlichen Belange verhältnismäßig zurück drängt und ohnehin in den Zielen des § 1 EnWG enthalten ist. Begrüßt wurde von allen Anwesenden die Definition des objektivierten Ertragswertes als Maßstab zur Kaufpreisermittlung im Zuge einer Neuvergabe von Netzkonzessionen sowie eine gesetzliche Begrenzung des Streitwerts auf 100.000 Euro. In der Vergangenheit sei Kommunen häufig schon mit Blick auf den Streitwert faktisch kein Rechtsschutz möglich gewesen.

Weitere diskutierte Vorhaben betrafen die Kraft-Wärme-Kopplung und den Netzausbau. So stimmten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Bettina Hagedorn und mir überein, dass es im Zuge der Energiewende verstärkter Anstrengungen bedürfe, Strom aus Erneuerbaren Energien auch für die Sektoren Mobilität und Wärme verfügbar zu machen und hierbei auch die Verteilnetzebene einzubinden. In diesem Zusammenhang verdeutlichte ich, dass es – gerade aus schleswig-holsteinischer Sicht – nicht hilfreich ist, wenn mit den neuen Plänen der Bundesregierung eine Einschränkung des Ausbaus Erneuerbarer Energien einhergeht.

## **Adventskaffee im SPD-Büro Geesthacht**

Bei Glühwein, Stollen und anderen Leckereien saßen wir zusammen...





## Kreisübergreifende Ortsvereinsrunde

In regelmäßigen Abständen treffe ich mich mit Mitgliedern aus den Ortsvereinen, um aktuelle Themen zu diskutieren, aus Berlin zu berichten und Organisatorisches zu besprechen. Am 8. Dezember 2016 in Ahrensburg:



## SPD-Neumitglieder zu Besuch im Bundestag

Am 30. November 2016 besuchten mich SPD-Neumitglieder aus meinem Wahlkreis in Berlin und begleiteten mich über einen Tag zu verschiedenen Terminen.



Mit meiner an Neumitglieder gerichteten Einladung möchte ich einen unmittelbaren Einblick in die parlamentarischen Arbeitsabläufe während einer Sitzungswoche und in die verschiedenen Aufgaben von Bundestagsabgeordneten ermöglichen.

Parteien haben in unserer Demokratie eine entscheidende Rolle. Über den Entschluss hieran über eine Mitgliedschaft aktiv mitzuwirken freue ich mich daher besonders.

Nachdem Ulrike Huttanus und Alexander Timm morgens mit dem EC aus Büchen angereist waren, erwartete sie in Berlin ein vielfältiges Tagesprogramm: Neben dem Besuch einer Anhörung, einer Ausschusssitzung und der Plenarsitzung tauschten wir uns auch ausführlich über die Abläufe und aktuelle Themen aus. Eine kurze Führung durch die Parlamentsgebäude durfte dabei natürlich auch nicht fehlen.



„Ich schätze Nina Scheer als sehr kluge und charismatische Person, die sich über Gebühr für die Belange der SPD und der Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Ihr und ihrem Team bei der Arbeit ein Stück weit über die Schulter gucken zu dürfen, wird mir in sehr eindrucksvoller Erinnerung bleiben. Ich fand es wirklich beeindruckend, dass sich die Abgeordneten mit so einer großen Themenvielfalt in so unterschiedlichen Gremien befassen. Da wurde mir nochmal vor Augen geführt, was für ein großer Schatz es ist, in einem Land zu leben, wo sich die Politik an demokratische Regeln hält“, resümierte Ulrike Huttanus. Auch für Alexander Timm wird der Tag positiv in Erinnerung bleiben: „Wir haben uns sehr willkommen gefühlt. Es war sehr interessant, sowas mal hautnah zu erleben. Besonders positiv fand ich den freundlichen und respektvollen Umgang der Abgeordneten untereinander (z.B. bei der Fragestunde), auch wenn man inhaltlich mal sehr weit auseinanderliegt.“

## **Zu Gast ...**

### **... in Tutzing, Evangelische Akademie auf Einladung von Wolfgang Thierse**

#### **12. November 2016 - Herbsttagung des Politischen Clubs: Neue Regeln für den Welthandel? TTIP, CETA und die Folgen**

Über diese Frage diskutierte der Leiter des Politischen Clubs, Dr. Wolfgang Thierse, mit Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten auf der Herbsttagung des Politischen Clubs mit ca. 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Dr. Nina Scheer MdB (SPD), Mitglied im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie, forderte: „Wir brauchen einen Nachhaltigkeitsprimat als Grundlage für Handelspolitik.“

### **... in Waiblingen auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung**

#### **14. November 2016 – Podiumsdiskussion: „Was kostet die Energiewende – und wer bezahlt sie?“**

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Solarverein Rems-Murr nahm die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Nina Scheer an einer Podiumsdiskussion im Bürgerzentrum Waiblingen teil. Etwa 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung gefolgt. Überschrift des Abends, an dem auch Esther Chrischilles, Senior Economist, Kompetenzfeld Umwelt, Energie, Infrastruktur beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., Malte Kreutzfeld, Redakteur für Wirtschaft und Umwelt der taz und Jörg Jasper, Konzernexperte Energiewirtschaft und Energiepolitik EnBW Energie Baden-Württemberg AG, teilnahmen, war: „Was kostet die Energiewende – und wer bezahlt sie?“. Nina Scheer erntete Beifall für das Hinterfragen der Frage: Es müsse nicht um die Kosten der Energiewende gehen, sondern darum, was es kostete, die Energiewende zu unterlassen

### **... in Dresden auf Einladung der SPD-Fraktion des Sächsischen Landtags**

#### **17. November 2016 – Vortrag und Podiumsdiskussion: „Neue Energie für Sachsen – Wie Kommunen von der Energiewende profitieren können“**

Etwa 70 Bürgerinnen und Bürger aus ganz Sachsen waren gekommen. Zu Gast waren zudem Stefan Brangs, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dr. Jana Bovet vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig und Philipp Wille von der VSB Neue Energien Deutschland GmbH und Jörg Vieweg, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

## ... in Chemnitz auf Einladung der SPD Chemnitz und Daniela Kolbe, MdB

### 7. Dezember 2016 – Vortrag und Podiumsdiskussion: „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität – geht das auch nachhaltig?“

Die beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Daniela Kolbe und Dr. Nina Scheer stellten sich vielfältigen Fragen und überzeugten mit ernsthafter Auseinandersetzung. Dabei ging es um Ressourcen, natürliche Lebensgrundlagen, ob das Bruttoinlandsprodukt ein zielführender Wohlfahrtsindikator ist und Vieles mehr.

## Wahlkreiskonferenz – 1. November 2016

Der Saal in Schwarzenbek war mit weit über 100 Gästen gut gefüllt, darunter 82 Delegierte aus dem Bundestagswahlkreis 10, Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd. Mit 97,5 % Zustimmung, 78 Ja-Stimmen bei zwei ungültigen Stimmen (sowie einem Nein und einer Enthaltung) erhielt Nina Scheer ein herausragendes Ergebnis. Unter den Gästen und Delegierten waren auch alle in den beiden Kreisen bereits nominierten Landtagskandidatinnen und Landtagskandidaten: Martin Habersaat aus Reinbek, Tobias von Pein aus Ahrensburg, Susanne Danhier aus Bargteheide, Kathrin Wagner-Bockey aus Geesthacht und Manfred Börner aus Ratzeburg.

Nach kurzen Einführungen durch die beiden SPD-Kreisvorsitzenden, Birgit Wille für den Kreisverband Herzogtum Lauenburg und Susanne Danhier für Stormarn, dankte Nina Scheer allen für die gute Zusammenarbeit und bezog zu verschiedenen Themen in einer 40-minütigen Rede Stellung.



Während Scheers Schlusssatz erschien der SPD-Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner, direkt von einer parallel laufenden SPD-Regionalkonferenz in Lübeck. In seiner Rede kam das Lob für die Kandidatin nicht zu kurz: „Nina Scheer gehört zu den klugen Köpfen in unserer Partei und ist für unseren Landesverband und Landesvorstand mit viel Sachkompetenz und Elan eine echte Bereicherung.“ Insofern sei es für Schleswig-Holstein wichtig, dass Nina Scheer auch dem nächsten Bundestag angehöre. „Sie beweist Hartnäckigkeit und Durchsetzungsvermögen“, sie wisse dies aber auch so einzubringen, dass es die gemeinsame Sache nach vorne bringe. Inhaltlich bezog er sein Lob unter anderem auf die Diskussion um CETA und die Frage der Wiedereinführung von Glyphosat, gegen die Nina Scheer wahrnehmbar eintrat. Sowohl am Gerechtigkeitspapier ‚Mehr Gerechtigkeit wagen‘ als auch in der Programmkommission habe sie wichtige Akzente gesetzt. Stegner verdeutlichte in seinem Vortrag die Kernaufgaben der Sozialdemokratie. Der schleswig-holsteinische Landesverband sei schon immer Vordenker gewesen, sowohl beim Atomausstieg, der Friedenspolitik, wie nun auch bei der Energiewende und den Schwerpunkten

hinsichtlich der Gerechtigkeitsfragen: „Es kann doch nicht angehen, dass in einem so reichen Land wie Deutschland ein Wort wie Kinderarmut existiert“. Dies sei ein Unding, was nur Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ernsthaft angingen, wie auch anhand der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu sehen.

Petra Burmeister aus Geesthacht nutzte die Befragung der Kandidatin für lobende Worte, auch im Namen des Ortsvereins. Auch wenn man nicht immer einer Meinung sei: „Nina hat vorbildliche Arbeit geleistet.“ Die Wertschätzung gelte ihr auch „als absolut integre Person“.

Mit Blumen und viel Applaus wurde der Abend geschlossen.

Vgl. Auch PM: <http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-11-02-Herausragendes%20Ergebnis%20fr%20Nina%20Scheer.pdf>

## Aktivitäten

Einblick in die verschiedenen Aktivitäten sowohl im Wahlkreis als auch andernorts bieten die Berichte auf meiner Homepage. Dort sind zudem Positionen und Reden abrufbar: <http://www.nina-scheer.de>

## Termine (Auswahl & unter Vorbehalt)

**Dienstag, 23. Februar 2017, 19.00 Uhr**

**Nina Scheer lädt ein: Kreisübergreifende Ortsvereinsrunde**

Wahlkreisbüro Geesthacht, Markt 17, 21502 Geesthacht

**Donnerstag 3. März 2017, 18.00 Uhr**

**Diskussionsabend mit Aydan Özoğuz und Dr. Nina Scheer**

Aula des Kinderzentrums der Grundschule Wentorf,  
Wohltorfer Weg 6, 21465 Wentorf bei Hamburg

**Donnerstag, 6. April 2017, 19.00 Uhr**

**Diskussionsabend mit Andrea Nahles, Uwe Polkaehn, Dr. Nina Scheer**

Buntenskampschule, Buntenskamp 22, 21502 Geesthacht

**Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages**

nina.scheer@bundestag.de • [www.nina-scheer.de](http://www.nina-scheer.de)

**Berliner Büro** • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

**Wahlkreisbüro Ahrensburg** • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

**Wahlkreisbüro Geesthacht** • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



